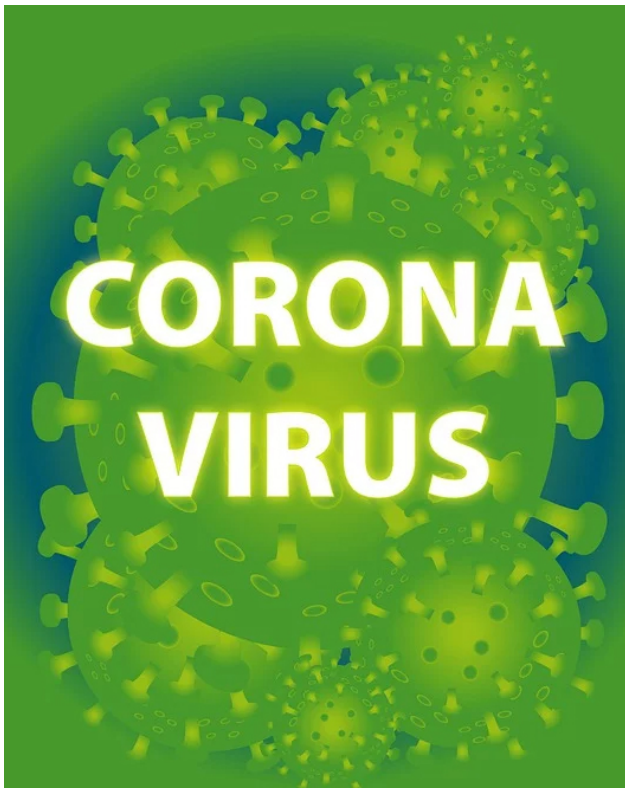


Stadt Rosenheim wieder über Grenzwert



Bei Anne Will wurde es gestern Abend im bekannten ARD-Talk berichtet und auch der BR hatte es gestern bekannt gegeben – auch wenn es offiziell am gestrigen Sonntag vom Landratsamt Rosenheim keine Presse-Meldung dazu gab (wir berichteten): In der Stadt Rosenheim ist erneut die Marke von 50 Neuerkrankungen pro 100.000 Einwohner binnen der vergangenen sieben Tage überschritten worden. Der Wert hat am Sonntag bei 50,5

gelegen, teilte das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit mit.

Die aktuell erneut gestiegenen Fallzahlen seien durch eine Reihentestung in einer Asylbewerberunterkunft zu erklären, teilte das Landesamt mit.

Eine aktuelle Stellungnahme der Stadt liegt bislang nicht vor.

In der vergangenen Woche (Mittwoch) hatte es das von der Stadtverwaltung in Rosenheim geheißen: *Das Staatliche Gesundheitsamt Rosenheim sieht keinen Grund, im Zuge der sogenannten Lokalisierung oder Regionalisierung des Infektionsgeschehens („Containment“) die angekündigten Lockerungen in Rosenheim auszusetzen bzw. die bereits zulässigen Erleichterungen wieder zurückzunehmen.*

Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel ... vorgestellte

Obergrenze von 50 Neuinfektionen pro Woche auf 100.000 Einwohner, die so genannte 7-Tage-Inzidenz, wird im Stadtgebiet nach dem aktuellen Situationsbericht des Robert Koch-Instituts von gestern mit 49 Fällen pro 100.000 Einwohner unterschritten. Wir berichteten dazu.

Im Landkreis Rosenheim und im Landkreis Traunstein seien die Fallzahlen deutschlandweit gesehen zudem hoch, wenn auch unter dem Grenzwert 50 aktuell. Besonders hoch ist im Landkreis Rosenheim vergleichsweise leider die Zahl der Todesfälle.

Der Landkreis Traunstein hat reagiert am gestrigen Muttertag:

Im Fall Traunstein liege es an erhöhten Fallzahlen in Pflegeheimen, teilte das Landratsamt mit.

In diesem Landkreis ist nun eine lokale Allgemeinverfügung mit Besuchsverbot für Krankenhäuser, Altenheime und Asylunterkünfte bis zum kommenden Freitag, 15. Mai, erlassen worden.

Das Landesamt will künftig eine Frühwarngrenze bei 35 Fällen pro 100.000 Einwohnern einziehen, um die betroffenen Kommunen warnen zu können und dort rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten.